



**Europa-Universität
Flensburg**

| Internationales Institut für Management
und ökonomische Bildung

**Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017.
Eine regionalorientierte Analyse**

Gerd Grözinger

Discussion Paper Nr. 27, ISSN 1618-0798

Der Autor:

Prof. Dr. Gerd Grözinger: Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung. Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg. Email: groezing@uni-flensburg.de

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Universität Flensburg unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

**Europa-Universität Flensburg
Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung**

**Discussion Paper Nr. 27, ISSN 1618-0798
Flensburg, Oktober 2017**

Kontaktadresse:

**Europa-Universität Flensburg
Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung
Zentrales Institutssekretariat
Munketoft 3b, 24943 Flensburg
Email: zis-iim@uni-flensburg.de
<http://www.uni-flensburg.de/iim>**

Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017

Eine regionalorientierte Analyse

Gerd Grözinger

Zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist im Deutschen Bundestag wieder eine rechtspopulistische Partei vertreten. Frühere rechtsorientierte Versuche konnten zwar bei Landtagswahlen einige Erfolge erzielen, aber nie auf Bundesebene reüssieren¹. Nun gelang es der Alternative für Deutschland (AfD), nachdem sie mit etwas anderer Programmatik und anderem Führungspersonal 2013 noch an der 5%-Hürde knapp gescheitert war, im September 2017 mit 12,6% der Zweitstimmen einen starken Erfolg zu realisieren. Da zuvor schon in einigen Landtagen sowie im Europäischen Parlament AfD-Abgeordnete einzogen, gibt es mittlerweile auch eine Reihe von Untersuchungen zur Wählerschaft. Diese beruhen auf Befragungen, was allerdings nicht unproblematisch ist. Wie schon bei anderen neueren politischen Großereignissen mit Erdbebencharakter (Trump, Brexit), ist auch hier die Zuverlässigkeit von Umfragen nicht nur zur Vorhersage, sondern auch zur Erklärung von Wahlverhalten schwierig einzuschätzen. Befragte reagieren sensibel auf Zeichen ‚sozialer Erwünschtheit‘, besonders wenn die eigene Einschätzung bezüglich der Extremismusverortung einer Partei oder Position sich von der allgemeinen Auffassung stärker unterscheidet.²

Hier wird deshalb ein anderer Weg versucht, der auf der Nutzung regionaler Indikatoren der amtlichen Statistik beruht. Damit wird ausdrücklich nicht ein Ersatz von Umfrageforschung, sondern eine Ergänzung dieser und zukünftige Kombination beider angestrebt. Regionalbasierte Analysen menschlichen Verhaltens hatten lange keinen besonders guten Ruf, zumindest seit Robinson 1950 gezeigt hat, dass Gruppendaten und Individualdaten vollständig andere Ergebnisse zeigen können. Sein Papier belegte u.a., dass es in den USA zwar eine positive regionale Korrelation von Bildungsstand und Einwanderung gab, bei den Personen aber das Umgekehrte galt. Einwanderer waren relativ häufiger Analphabeten, migrierten

¹ Arzheimer (2014)

² Bergmann & Diermeier (2017)

jedoch bevorzugt in die prosperierenden Gebiete mit flächendeckender Schulversorgung.³ Dieser Gefahr der ‚Ecological fallacy‘ steht aber ein potentieller Erkenntnisgewinn gegenüber. Besonders in der Gesundheitsforschung werden deshalb wieder vermehrt gruppenbezogene Studien publiziert und rezipiert. Der wichtigste Grund dafür ist, dass zunehmend Nachbarschaftseffekte gefunden werden, die oft erhebliche Wirkungen zeigen.⁴ Beispielsweise kann die individuelle Lebenszufriedenheit auch in nicht-vernachlässigbarer Weise durch die regionale Arbeitslosigkeit mitbestimmt gesehen werden, unabhängig von und zusätzlich zu einer eventuellen eigenen Betroffenheit.⁵ Oder es kann gezeigt werden, dass in Deutschland die jeweilige Arbeitslosenrate stark die regionale Lebenserwartung mitbestimmt.⁶ Entsprechende Publikationen zu Nachbarschaftseffekten nahmen besonders mit Beginn der Jahrtausendwende erheblich zu, es ist mittlerweile ein „prosperierendes Forschungsfeld“.⁷

Die Auswahl passender Kennziffern zur Erklärung des AfD-Erfolgs, wie hier versucht, ist dabei zugegebenermaßen stark von der Datenverfügbarkeit und damit von außen bestimmt. Der Bundeswahlleiter veröffentlicht auf seiner Homepage nicht nur detaillierte Ergebnisse auf Wahlkreisebene, sondern auch eine Reihe von dazu passenden ‚Strukturdaten‘.⁸ Die folgenden Berechnungen beruhen auf diesen Indikatoren. Man könnte sich zwar noch eine Reihe anderer eventuell interessanter Kennziffern vorstellen - z.B. fehlt der Anteil der Studierenden in einem Wahlkreis -, aber da die 299 Wahlkreise mit den regionalstatistisch ausgewiesenen 402 Kreisen und kreisfreien Städten nicht unmittelbar deckungsgleich sind, musste der Bundeswahlleiter eine Reihe von Transformationen vornehmen, so dass weitere Kennziffern nicht unmittelbar integrierbar wären.⁹

³ Robinson (1950)

⁴ Diez-Roux (1998)

⁵ Grözinger & Matiaske (2004)

⁶ Grözinger (2009)

⁷ Friedrichs (2014), S. 309

⁸ <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten.html>

⁹ „Die Rohdaten zu den übrigen Angaben liegen uns auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise vor. Die ausgewiesenen Ergebnisse entsprechen nur dann der tatsächlichen Abgrenzung der Wahlkreise, wenn diese sich aus vollständigen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zusammensetzen. Soweit dies nicht der Fall ist, wurden die Kreiszahlen anteilig gemäß den Bevölkerungsanteilen auf die Wahlkreise verteilt. Für die Städte, die von Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden, konnte eine Untergliederung auf die einzelnen Wahlkreise nicht vorgenommen werden. In diesen Fällen wurde für jeden dieser Wahlkreise das Ergebnis für die gesamte Stadt ausgewiesen.“ <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten/beschreibung.html>. - Glücklicherweise konnte aber im wichtigen Fall von Berlin zumindest im Fall des Ausländeranteils doch nach Wahlbezirken differenziert werden.

Als erklärende Variable wurde der AfD-Zweitstimmenanteil an den abgegebenen Stimmen genommen. Die Konzentration auf diesen Indikator hat zwei Gründe. Zum einen zeigt die AfD, da, wo sie Direktkandidaten aufgestellt hat, fast keine Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen, was einen Unterschied zum anderen Gewinner dieser Wahl, der FDP, macht. AfD-Wähler dürften wenigstens aktuell eher Überzeugungstäter sein, die keine Kompromisse via strategischen Wählens zu machen scheinen. Und zum anderen ist, nach dem deutschen Wahlsystem, der Zweitstimmenanteil allein der wirklich für die Sitzverteilung im Parlament Entscheidende. Man kann davon ausgehen, dass dies den Wählern auch bekannt ist.

Für eine einfache lineare Regression wurden folgende unabhängige Variablen getestet (die Jahreszahlen beschreiben den Letztstand der verfügbaren Statistik): Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2014 je Einwohner; Ausländeranteil an der Bevölkerung 2015; Bevölkerungsanteil der Empfänger von Leistungen nach SGBII 2016; Wanderungssaldo 2015; Anteil der über 60-jährigen an der Bevölkerung; Bevölkerungsdichte 2015; Bevölkerungsanteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2016; Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife 2015. Diese wurden als mögliche relevante Erklärungsdimension für Wahlverhalten interpretiert. Nicht alle vom Bundeswahlleiter publizierten Kennziffern wurden hier berücksichtigt. Z.B. ist Religionsmitgliedschaft auf jedem Fall im Osten, aber auch in vielen Regionen des Westens keine relevante Kategorie mehr¹⁰ oder Kraftfahrzeugbestand und Wohneigentumsquote sind eher als Anzeichen von städtisch-/ländlich anzusehen denn als eigenständige Dimensionen.

Sicher fällt sofort auf, dass hier die Arbeitslosigkeit fehlt, die zweifellos relevant sein könnte. Sie ist auch im Datensatz des Bundeswahlleiters enthalten, korreliert aber so stark mit dem Bevölkerungsanteil der Empfänger von Leistungen nach SGBII 2016, dass Multikollinearität besteht. In einem solchen Fall muss auf eine Variable verzichtet werden. Und da die regionale Arbeitslosigkeit wegen der Nicht-Berücksichtigung der Pendlerverflechtung¹¹ als der unzuverlässigere Indikator erschien, wurde diese nicht-berücksichtigt.

Ein besonderes Problem stellt noch die Ost-West-Spaltung dar. Die AfD ist in den neuen Bundesländern sehr viel stärker als in den alten, der prozentuale Erfolg etwa doppelt so hoch. Die durchschnittliche reale Situation in Bezug auf Größen wie Einkommen oder Arbeitslosigkeit sind natürlich in West und Ost auch erheblich anders. Manchmal wird dies

¹⁰ Bertelsmann Stiftung (2016)

¹¹ Grözingen (i. E.)

vollkommen ignoriert, wenn etwa eine SOEP-basierte Auszählung zwar oberstes und unterstes Einkommensfünftel und deren Parteaaffiliationen und Themen differenziert betrachtet, aber dies immer auf Ganz-Deutschland bezieht.¹² Häufiger ist die Einführung eines Dummies für Ost, z.B. wie in einer der neueren umfragebasierten Studien.¹³ Das ist aber recht aussagearm, da es nur benennt, aber nicht erklärt warum der Osten anders ist. Eine mögliche Alternative wären getrennte Regressionen für West und Ost. Aber die Zahl der reinen Ostwahlkreise (also ohne Westberlin) beträgt nicht einmal 50. Die beste verbleibende Alternative ist, Interaktionsterme der Gleichung hinzuzufügen, die aus der Multiplikation eines mit 1 notierten Ost-Dummies und der oben genannten Liste entstehen. Dabei wurden die 12 Berliner Wahlkreise je nach Lage auf Ost und West aufgeteilt.¹⁴ Diese Binnendifferenzierung ist sinnvoll, da der AfD-Anteil in den Wahlbezirken von 6% in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost bis 21% in Berlin-Marzahn-Hellersdorf reicht.

Bei den ostbasierten Interaktionstermen stellt man weiter fest, dass der Ausländeranteil und die Bevölkerungsdichte sehr hoch korrelieren, also ausländische Bewohner dort ganz überwiegend in urbaneren Gebieten zu finden sind. Aufgrund des Multikollinearitätsproblems wurde deshalb bei den Interaktionsvariablen die Bevölkerungsdichte nicht berücksichtigt.¹⁵ Das Ergebnis der Regression mit den genannten 17 Variablen ergab eine große Reihe von Nicht-Signifikanzen. Schrittweise wurden deshalb in der Reihenfolge der schlechtesten Signifikanzwerte zahlreiche Größen entfernt. Methodisches Ziel war es, nur noch Variablen mit einem 1%igen Signifikanzniveau zuzulassen.

¹² Bergmann, Diermeier & Niehues (2016)

¹³ Lengfeld (2017)

¹⁴ West: Berlin-Reinickendorf, Berlin-Spandau-Charlottenburg Nord, Berlin-Steglitz-Zehlendorf, Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin-Tempelhof-Schöneberg, Berlin-Neukölln, Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost; Ost: Berlin-Mitte, Berlin-Pankow, Berlin-Treptow-Köpenick, Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Berlin-Lichtenberg

¹⁵ Generell erscheinen bei allen Interaktionstermen in der Gesamtregression relativ hohe VIF-Werte, die eigentlich nicht-tolerable Multikollinearität signalisieren. Da aber der Westen per Definition 0-Größen bei diesen Variablen hat und der Osten viele gemeinsame Kennzeichen teilt, ist das nicht verwunderlich. Es wurde deshalb zur Überprüfung eine reine Ost-Regression gerechnet, bei der sich dann mit der oben erwähnten Ausnahme von Ausländeranteil und Bevölkerungsdichte unproblematische VIF-Werte ergaben.

Tabelle 1

	Insgesamt		ohne Berlin	
	Beta	Sign.	Beta	Sign.
Ausländeranteil	0,161	***	0,164	***
Altenanteil	0,169	***	0,179	***
Abiturientenanteil	-0,222	***	-0,224	***
<i>Interaktionsterme Ost * ...</i>				
Ausländeranteil	-0,251	***	-0,315	**
Haushaltseinkommen	0,948	***	0,753	***
SV-pflichtig Besch.	0,744	***	0,982	***
Abiturientenanteil	-0,745	***	-0,666	***
N	299		287	
R ² (korr.)	0,762		0,769	

Signifikanzniveaus: < 1% ***, < 5% **

Die Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse. Neben den Angaben für Ganz-Deutschland wird noch eine Version ohne das Ost-West-gemischte Berlin aufgeführt, um auch einem eventuellen Einwand dadurch erzeugter Verzerrung besonders bei den Interaktionstermen zu begegnen. Dadurch ändert sich aber praktisch nichts,¹⁶ so dass im Folgenden nur die Ergebnisse für die erste Ergebnisspalte diskutiert werden. Zunächst ist festzuhalten, dass doch ein großer Anteil der regionalen Varianz des AfD-Zweitstimmenanteils erklärt werden kann: 76% sind ein sehr überzeugendes Ergebnis, das so nicht zu erwarten war.

Bei den Variablen, ihrer Stärke und ihren Richtungen warten gleichfalls einige Überraschungen. So ist für ganz Deutschland der Ausländeranteil mäßig AfD-befördernd, nicht so aber im Osten. Hier gilt der umgekehrte Zusammenhang: je weniger Ausländer, desto größer der AfD-Stimmenanteil. Der sehr starke Osterfolg dieser Partei ist also nur schwerlich mit angeblichen oder realen Erfahrungen der Wähler in Übereinstimmung zu bringen.

Was den Osten weiter besonders kennzeichnet, sind zwei nur dort zu findende starke positive Zusammenhänge: je höher das Haushaltseinkommen pro Person und je höher der Anteil sozialversicherungspflichtige Beschäftigter ist, desto mehr wird in diesen Wahlkreisen AfD gewählt. Es sind also definitiv nicht die ärmeren Ost-Regionen, die rechtspopulistisch anfällig sind. Es sind auch nicht die mit hohem Anteil von SGB II-Beziehern (resp. Arbeitslo-

¹⁶ Selbst der – vermutliche - Verlust der 1%-Signifikanz beim Ausländeranteil (Ost) ist sehr knapp. SPSS gibt bei Regressionen die Werte aus und der lautet in dem Fall 0,010.

sigkeit). Da waren weder die gesamtdeutsche Variable noch der Ost-Interaktionsterm signifikant.¹⁷ Sondern es sind die Gebiete in den Neuen Bundesländern mit mehr Beschäftigungsintensität. Das zeigt der Einfluss der Größe Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 1000 Einwohner. Wobei zugestanden werden muss, dass dieser Indikator für Beschäftigung nicht der Beste ist. So fehlen Beamte und Selbständige, und unterschiedliche Anteile von Jungen, Alten, Studierenden an der Bevölkerung, können die Größe ebenfalls beeinflussen. Das gleiche gilt natürlich auch für das Haushaltseinkommen pro Person. Weniger Kinder in einer Region erhöhen z.B. bei sonst gleichbleibenden Arbeitseinkommen die Größe, mehr Rentner senken diese dagegen.

Trotz dieser methodischen Unsicherheiten ist der Befund durch die stimmige Kombination von Einkommen und Beschäftigung im Osten aussagekräftig. Er bringt weiter etwas mehr Klarheit in der Frage, ob der Anteil von AfD-Wählern eigentlich durch gegenwärtige ökonomische Misere erklärbar ist. Zurzeit zumindest - die AfD-Wählerschaft ist durch die vielen programmatischen und personellen Häutungsprozesse dieser Partei in der Zusammensetzung recht volatil¹⁸ – scheint es eher auf eine aus Umfragen gewonnene Beschreibung der „sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“¹⁹ hinaus zu laufen.

Zu dieser Diagnose passt eine weitere Variable, die hier für West und Ost zusammen signifikant war: der Anteil älterer Personen an der Bevölkerung. Dabei ist es überhaupt nicht so, dass Ältere bevorzugt AfD wählen. Laut der Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen tun sie das gerade nicht, nur 9% der über 60jährigen gaben dieser Partei ihre Stimme, das ist der relativ niedrigste Wert der vier dort angegebenen Altersgruppen.²⁰ Wie kommt es dann zu der hochsignifikanten positiven Beziehung in der Regression? Ein hoher Anteil älterer in einer Region kann als das Ergebnis einer vorherigen langjährigen Abwanderung jüngerer Altersgruppen gesehen werden, der durch die aktuelle kurzfristige Wanderungsbilanz, die ja nicht signifikant war, nicht erfasst wird. Eine langjährige Ausdünnung wird auch daran deutlich, dass der Altenanteil und der unter 18jährigen insgesamt, aber besonders im Osten hoch negativ korreliert.

Die Jüngeren suchten in der Vergangenheit ihr Glück anderswo, welches in diesem Gebiet sowohl weniger Kinder wie mehr Alte aufkommen lässt und der vermutliche Eindruck auch

¹⁷ Arbeitslosigkeit zur Begründung von AfD-Wahlerfolgen anzuführen ist eine häufig aufzufindende Argumentation. Siehe bezüglich der Ergebnisse neuerer Landtagswahlen z.B. Ragnitz (2016)

¹⁸ Kroh & Fetz (2016)

¹⁹ Bergmann & Diermeier (2017)

²⁰ <https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2017-09-24-BT-DE.html?i=10>

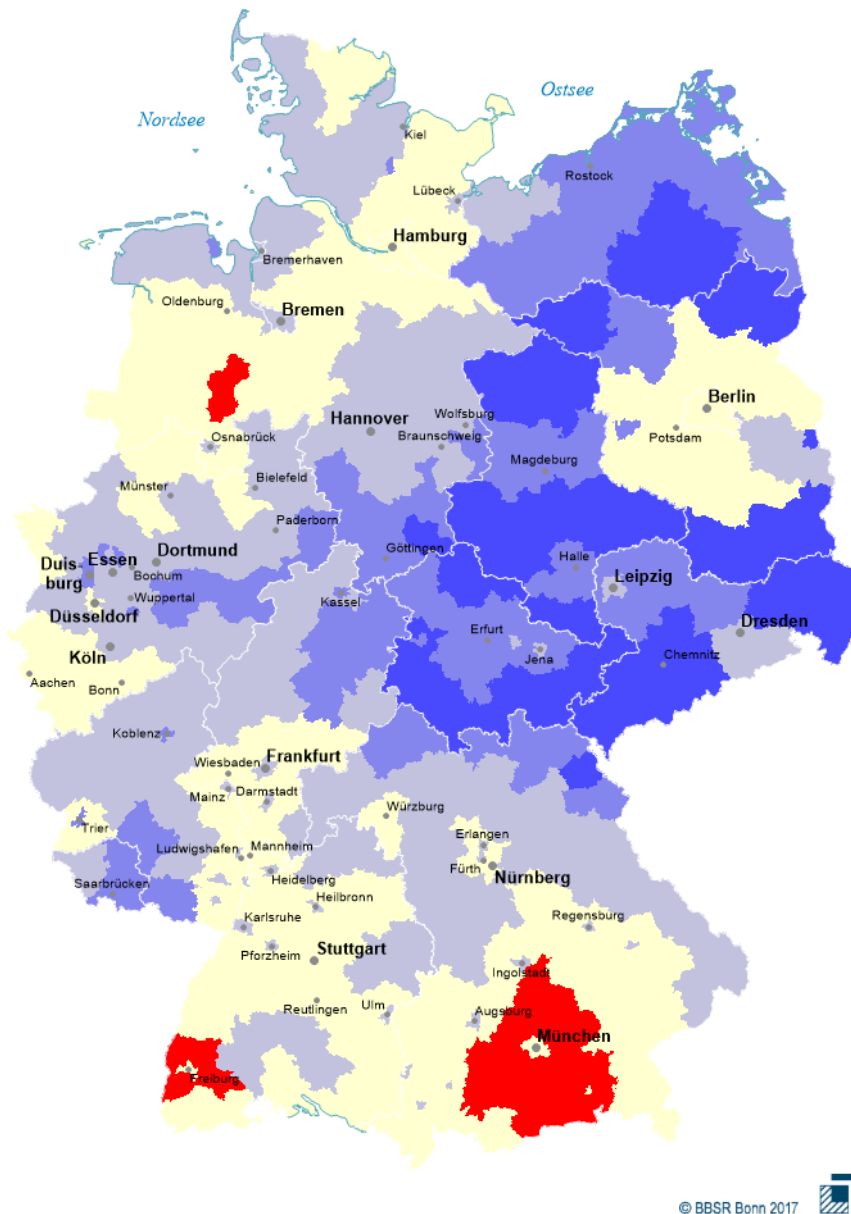
der jüngeren Verbliebenden dürfte sein, dass hier wenig Zukunft für sie und ihre Nachkommen liegt („subjektive Deprivation“). Die Bevölkerungsprognose schon bis 2030 sieht für die Regionen der Neuen Bundesländer - mit Ausnahme des Großraums Berlins – besonders auf dem Lande finster aus, wobei die amtliche Prognostik vielleicht sogar noch etwas zu positive Annahmen macht.²¹

Aktuell werden vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung kreisbezogene Bevölkerungsprognosen von 2012 –2035 bereitgestellt, und das Bild verdüstert sich auch für die Zeit nach 2030 weiter. Schaubild 1 zeigt die darauf beruhende Karte.²² Im Osten werden dabei teilweise nicht nur Spitzenwerte von über -30% erreicht, auch die ganze Kategorie > -20% findet sich nur dort und das gleich in zahlreichen Kreisen und Städten (N = 38).

²¹ Swiaczny (2015)

²² Erstellt nach <http://inkar.de/>

Schaubild 1



Entwicklung Bevölkerung insgesamt in %

■ bis unter -20

Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte

■ -20 ... -10

Zeitbezug: 2012-2035

■ -10 ... 0

Datengrundlage: Raumordnungsprognose

■ 0 ... 10

2035 des BBSR

■ 10 und mehr

Dass solche langjährigen ökonomischen Ermüdungssituationen mit schlechten Zukunftsaussichten sich nicht immer nur in rein arbeitsmarktbezogenen Indikatoren, sondern auch in

solchen der Lebensführung zeigen können, hat eine Autorengruppe für die Regionen der USA gezeigt. Die Globalisierungsintensivierung vor allem durch China hat im herstellenden Gewerbe dort zu relativem Lohndruck geführt und damit den Heiratsmarkt aufgerührt. Darin tätige Männer verloren an Marktwert für die Frauen, die Zahl der Heiraten sank, die der Geburten auch, dafür stieg der Anteil unehelicher Geburten.²³

Für Ostdeutschland ist das nicht 1:1 zu übertragen. Aber auch hier waren geschlechtsspezifisch stark unterschiedliche Reaktionen zu beobachten. Vor allem jüngere Frauen zogen nach der Wende fort, westdeutsche Frauen viel weniger zu. Familienforscher beobachteten deshalb: „Der stärkste Rückgang der Bindungsquoten ist bei den ostdeutschen Männern zu verzeichnen. Während die Quoten bei den älteren ostdeutschen Männerjahrgängen höher liegen als im Westen, liegen sie bei den jüngeren Jahrgängen deutlich darunter.“²⁴ In einer passenderweise ‚Not am Mann‘ betitelten Studien hat das Berlin-Institut die Folgen des demografischen Ungleichgewichts in den Neuen Bundesländern 2007 ausgiebig untersucht und schon damals für die Wahlerfolge der NPD kartografisch basiert festgestellt: „Wo die jungen Frauen fehlen, erhalten die rechtsextremen Parteien Zulauf.“²⁵

Aber nicht alles ist düster. Denn schließlich gibt es noch eine verbleibende Variable, deren Bedeutung vielleicht am wenigsten erwartbar war, die aber durchaus zu den oben genannten Einflüssen passt. Der relative Anteil von Abiturienten an allen Schulabgängern hat nicht nur für Deutschland insgesamt den stärksten, und negativen, Erklärungswert. Er wird in der Wirkung auch noch einmal verdoppelt durch einen gleichfalls relativ hohen negativen Wert bei seinem Ost-Interaktionsterm. Diesmal sind Regional- und Individualinformationen parallel. Auch die Nachwahlbefragung sieht die AfD-Wähler mit Abitur leicht (10%) oder mit Hochschulabschluss stark (7%) unterdurchschnittlich vertreten.²⁶ Aber das allein dürfte den bedeutenden negativen Einfluss der beiden Variablen in der Regression nicht erklären. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich hier zwei, den Rechtspopulismus schwächende, Momente addieren. Zum einen ist es der positive Zusammenhang von Bildungsgrad und „post-materialistischen“ Werten, etwa im Geschlechter- und Familienbild.²⁷ Zum anderen bedeutet ein Schulabschluss mit Hochschulzugangsberechtigung aber auch bessere, spätere Berufs- und

²³ Autor, Dorn & Hanson (2017)

²⁴ Eckhard (2015), S. 46

²⁵ Kröhnert & Klingholz (2006), S. 71

²⁶ <https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2017-09-24-BT-DE.html?i=50>

²⁷ Bildung (2016), Kap. 14

Einkommenschancen. Beides dürfte Wirkungen über die direkt davon affizierten hinaus haben.

Der Gefahr der Lähmung, der subjektiven Deprivation durch Herkunftsfamilie und -region wird so durch Bildung entgegengewirkt. Es ist sicher kein kurzfristiger Ansatz, aber auf längere Sicht gesehen kann der Ausbau von Oberstufen und in der Folge dann auch von Hochschulen gerade in bisher dabei unterversorgten Gebieten tatsächlich ein wichtiges Mittel gegen Rechtspopulismus sein. Und es würde zugleich endlich die langjährige Forderung der OECD, die deutschen Bildungsausgaben von den mageren 4,3% des BIP auf wenigstens den OECD-Durchschnitt von 5,2% anzuheben, angehen.²⁸

Literatur

- Arzheimer, K. (2014). Die Wahl extremistischer Parteien. In *Handbuch Wahlforschung* (S. 523-561): Springer.
- Autor, D., Dorn, D., & Hanson, G. (2017). When work disappears: manufacturing decline and the falling marriage-market value of men. *NBER Working Paper*, 23173.
- Bergmann, K., & Diermeier, M. (2017). *Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen*. Köln: IW-Report 7/2017.
- Bergmann, K., Diermeier, M., & Niehues, J. (2016). *Parteipräferenz und Einkommen: Die AfD—eine Partei der Besserverdiener?* Köln: IW-Kurzberichte.
- Bertelsmann Stiftung. (2016). *Religionsmonitor 2013*. Gütersloh.
- Bildung, B. f. P. (2016). *Datenreport 2016*. Berlin.
- Diez-Roux, A. V. (1998). Bringing context back into epidemiology: variables and fallacies in multilevel analysis. *American journal of public health*, 88(2), 216-222.
- Eckhard, J. (2015). Abnehmende Bindungsquoten in Deutschland: Ausmaß und Bedeutung eines historischen Trends. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(1), 27-55.
- Friedrichs, J. (2014). Kontexteffekte von Wohngebieten. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66(1), 287-316.
- Grözinger, G. (2006, 27.4.). Neue solidarische Verantwortung. Wenn die SPD es ernst meint mit ihren Steuerplänen, sollte sie eine Solidarabgabe für Bildung vorschlagen. Ein solcher „Bildungssoli“ wäre sozial gerecht und dringend nötig. *die tageszeitung*.
- Grözinger, G. (2009). Achtung Lebensgefahr! Indirekte Effekte regionaler Arbeitslosigkeit auf Lebensweise und-qualität. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention*, 6(1), 12-24.
- Grözinger, G. (i. E.). Regionale Arbeitslosigkeit: falsche Eindrücke von Stadt-Land-Differenzen. *Wirtschaftsdienst*.

²⁸ OECD (2017), S. 260. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der FDP, eine ersatzlose Abschaffung des ‚Solis‘ zur Vorbedingung einer Jamaika-Koalition zu machen (Süddeutsche Zeitung vom 15.10.2017), sehr kurzsichtig. Erheblich klüger wäre es, sie in einen ‚Bildungssoli‘ (Grözinger 2006) umzuwandeln.

- Grözinger, G., & Matiaske, W. (2004). Regional unemployment and individual satisfaction. In G. Grözinger & A. van Aaken (Eds.), *Inequality: New Analytical Approaches, Marburg* (S. 87-104). Marburg: Metropolis.
- Kroh, M., & Fetz, K. (2016). Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. *DIW-Wochenbericht*, 83(34), 711-719.
- Kröhnert, S., & Klingholz, R. (2006). *Not am Mann: von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenlagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer*. Berlin: DEU.
- Lengfeld, H. (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), 209-232.
- OECD. (2017). *Bildung auf eine Blick 2016*. Paris.
- Ragnitz, J. (2016). Wahlerfolge der AfD im Osten—Reflex auf die ökonomische Lage? *Wirtschaftsdienst*, 96(10), 702-703.
- Robinson, W. (1950). Ecological correlations and the behavior of individuals. *American Sociological Review*, 15(3), 351 - 357.
- Swiaczny, F. (2015). Auswirkungen des demographischen Wandels auf die regionale Bevölkerungsdynamik in Deutschland. *Raumforschung und Raumordnung*, 73(6), 407-421. doi:10.1007/s13147-015-0370-7